

Verschwendene Steuer- und Sozialabgaben-Milliarden

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Der deutsche Finanzminister Hans Eichel behauptete anlässlich seiner Rede in der Humboldt-Universität Berlin am 5. November 2003: „Deutschland ist heute kein Hochsteuerland mehr!“ Als Beweis führte er die internationalen OECD-Vergleichszahlen 2002 an, gemäss denen Deutschland eine Steuerquote von nur 21,7 % aufweise. Das sei die niedrigste in der Europäischen Union. Die deutsche Abgabenquote, in der auch die Sozialversicherungen berücksichtigt werden, betrage 36,2 %. Das sei gutes europäisches Mittelfeld. Dieser Beschönigung der steuerlichen Situation Deutschlands widersprachen bereits nach der ersten, gleichlautenden Ankündigung Frühjahr 2003 nicht nur der Deutsche Bund der Steuerzahler, sondern auch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), das im Jahre 1990 auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung, der Wirtschaft des Landes und der Universität Mannheim gegründet wurde und heute als erstklassiges Wirtschaftsforschungsinstitut gilt.

Der Deutsche Bund der Steuerzahler zeigt mit klar nachvollziehbaren Zahlen auf, dass zwischen jenen Steuern und Sozialbeiträgen, welche die OECD berücksichtigt, und der sachlich wohl fundiertesten Abgrenzung, jene der Deutschen Bundesbank, eine grosse Lücke klafft. So lag die deutsche Abgabenquote gemäss der Deutschen Bundesbank im Jahre 2001 bei 42,3%, gemäss der OECD bei „nur“ 36,4%. Da die Bezugsgrösse in beiden Fällen das Bruttosozialprodukt (2001: € 2071 Mrd.) war, bedeutet die Differenz von 6 Prozentpunkten bei der Abgabenquote immerhin ein Betrag von € 125 Mrd. Die OECD legt denn auch für 2001 bei den Steuern ein Aufkommen von rund € 446 Mrd. zu Grunde, während die volkswirtschaftlich Gesamtrechnung einen Betrag von € 491 Mrd. ausweist. So ergibt sich allein schon bei den Steuern eine Abweichung von € 45 Mrd., was u.a. auf die ungleiche Behandlung des Kindergeldes (€ 31 Mrd.) oder der Eigenheim-, Investitions- und Arbeitnehmer-Sparzulagen (€ 11 Mrd.) oder das Weglassen von steuerähnlichen Zwangsabgaben (€ 3 Mrd.) zurückzuführen ist. Bei den Sozialabgaben sind die Differenzen mit € 80 Mrd. noch grösser. Statt € 384 Mrd. werden von der OECD nur € 304 Mrd. berücksichtigt. Nicht minder vernichtend fällt die Kritik des ZEW aus, die solches Eigenlob des Finanzministers als Wegbereitung für künftige Steuererhöhungen taxiert. Auch das ZEW kommt zum Schluss, dass die Methodik der OECD keine Rückschlüsse auf die steuerliche Attraktivität von Investitionsstandorten zulasse, weil beispielsweise die Bezugsgrösse Bruttosozialprodukt Löhne und staatliche Leistungen einschliesse, die in keinem Zusammenhang mit den steuerpflichtigen Gewinnen der Unternehmen stehen. Entgegen der OECD-Untersuchung weise Deutschland neben Frankreich auf Unternehmensebene die höchste effektive Steuerbelastung innerhalb der EU auf, wenn man die Ergebnisse aussagekräftiger internationaler Steuervergleiche zugrunde legt.

Auch in der Schweiz versucht man uns Steuerzahlern immer wieder weiss zu machen, dass wir über attraktive steuerliche Rahmenbedingungen verfügten. Auch die Schweiz wies 2001 gemäss der OECD eine Fiskalquote von nur 22,6% und eine Belastung durch Steuern und Sozialabgaben von 34,5% des BIP von SFr. 415 Mrd.

auf. Als Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte werden für 2001 je rund SFr. 129 Mrd. zugrunde gelegt. Ein Vergleich mit der konsolidierten Zahlen, wie sie das EFD publiziert, zeigt für das gleiche Jahr Einnahmen von SFr. 131.2 Mrd. und Ausgaben von SFr. 130.5 Mrd. Die Abweichung beträgt somit „nur“ rund SFr. 1-2 Mrd. Wesentlich grössere Abweichungen zu den OECD-Zahlen ergeben sich im Bereich der Sozialversicherungen, deren Gesamteinnahmen in der Rechnung 2001 des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) mit SFr. 126,2 Mrd. figurieren, während sie in der OECD-Statistik mit nur SFr. 46,3 Mrd. zu Buche schlagen. In den BSV-Zahlen sind auch die Kapitalerträge der Pensionskassen von SFr. 20,7 Mrd. enthalten, über deren Berücksichtigung man durchaus auch anderer Meinung sein kann. Aber wenn die Finanzerträge einmal fehlen, wie im Jahre 2003, dann müssen sie in vielen Fällen mit Prämien erhöhungen kompensiert werden. Selbst wenn man diese SFr. 14,7 Mrd. und die rund SFr. 30 Mrd. Quersubventionen, wie die Beiträge des Bundes an die AHV, von den Gesamteinnahmen der Sozialwerke abzieht, verbleibt immer noch ein Betrag SFr. 76 Mrd. Die Staatseinnahmen von SFr. 131 Mrd. und die bereinigten Einnahmen der Sozialwerke von SFr. 76 ergeben zusammengerechnet einen Betrag von SFr. 207 Mrd., der um SFr. 48 Mrd. über jenem Betrag liegt, der in den OECD-Vergleich einfliesst. Diese SFr. 48 Mrd. entsprechen fast 12% des BIPs, weshalb sich die tatsächliche Abgabenquote nicht nur auf 34,5%, sondern auf 46% stellt.